

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 57

Die einstweilige Verfügung in Wettbewerbsachen

begründet von

Prof. Wilhelm Berneke

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D.

bearbeitet von

Erfried Schüttpelz

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf

5., völlig neu bearbeitete Auflage 2026



C.H. BECK

Zitierweise: Schüttpelz einstw. Verfügung Rn. ...

beck.de

ISBN 978 3 406 83090 7

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur fünften Auflage

Seit der letzten Auflage des vorliegenden Werkes sind knapp sieben Jahre vergangen. Gesetzesänderungen seit dieser Zeit haben den einstweiligen Rechtsschutz allenfalls am Rande berührt. Auch das viel diskutierte Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs hat spezifische Fragen des Eilverfahrens kaum betroffen. Schwerwiegender sind die Folgen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur „Waffengleichheit, die große Auswirkungen auf die Verfahrenspraxis der Gerichte hatte und hat.

Die infolge einer entsprechenden Richtlinie der Union notwendig gewordene Neuregelung des Rechts des Schutzes der Geschäftsgeheimnisse ist zwischenzeitlich erfolgt. Inwieweit die neuerdings durch § 273a ZPO angeordnete entsprechende Anwendung verschiedener Vorschriften dieses Geschäftsgeheimnisgesetzes in der Praxis größere Auswirkungen auf das Eilverfahren hat, muss abgewartet werden.

Der elektronische Rechtsverkehr erleichtert in der Praxis die Kommunikation erheblich, teilweise auch die Vollziehung einer Gerichtsentscheidung. Probleme tauchen weiterhin vor allem dann auf, wenn ein Medienbruch notwendig wird infolge des zunehmenden Gewichts des Unionsrechts wurden die Ausführungen zu diesem Thema ausgebaut. Es fällt auf, dass die Zustellung innerhalb der Union – jedenfalls nach der Gesetzeslage – teilweise derart vereinfacht worden ist, dass jedenfalls in bestimmten Mitgliedstaaten eine Zustellung einfacher erfolgen kann als in Deutschland.

Reduziert wurden die Ausführungen zum Eilverfahren in Patentsachen. Eine Entscheidung des EuGH sowie die Schaffung des Einheitlichen Patentgerichts haben die Rechtsprechung der Gerichte hierzu derart in Fluss gebracht, dass mehr als ein kurzer Überblick in diesem Buch nicht mehr gebracht werden kann.

Durch die Übertragung der erstinstanzlichen Zuständigkeit in Unterlassungsklagesache auf das Oberlandesgericht haben sich neue Probleme aufgetan. Zum einen ist das Verhältnis zum Verfahren in UWG-Sachen unklar, zum anderen führt die Erst- und Letztzuständigkeit in Eilverfahren zu einer besonderen Verantwortung der Oberlandesgerichte an einer rechtsstaatlichen und wirksamen Verfahrensgestaltung.

Die Abwägung der Belange des Antragstellers einerseits, der einen schnellen und effektiven Rechtsschutz benötigt, und des Antragsgegners andererseits, dessen rechtliches Gehör soweit wie möglich gewahrt werden muss, andererseits kann bei den verschiedenen Gerichten trotz ähnlicher Fallkonstellationen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Dies ist für die Parteien, ihre Verfahrensbevollmächtigten, aber auch für die Gerichte selbst unbefriedigend. Mangels eines Rechtszuges zum Bundesgerichtshof in Eilsachen wird sich eine divergierende Rechtsprechung nicht immer vermeiden lassen. Es bleibt abzuwarten, ob das Bundesverfassungsgericht in weiteren Fällen eine Änderung der Verfahrenspraxis erzwingt. Dem können die Zivilgerichte nur durch eine noch stärkere Beachtung der von ihm in den Vordergrund gerückten Verfassungsprinzipien zuvorkommen.

Düsseldorf, im Juli 2025

Erfried Schüttpelz

Vorwort zur ersten Auflage

Während der vorläufige Rechtsschutz in der allgemeinen zivilistischen Praxis neben dem ordentlichen Klageverfahren eine untergeordnete Rolle spielt, hat er in Wettbewerbssachen eine hervorragende Bedeutung erlangt. Die einstweilige Verfügung ersetzt dort weithin die Entscheidung in der Hauptsache. Die im Mittelpunkt des Wettbewerbsrechts stehenden Unterlassungsansprüche sind häufig so eilig, dass der Ausgang eines ordentlichen Klageverfahrens nicht abgewartet werden kann.

Das vorliegende Heft der NJW-Schriftenreihe will dem mit dem Wettbewerbsrecht weniger vertrauten Praktiker eine zusammenhängende Darstellung an die Hand geben, wie das Verfügungsverfahren vor den für die Spezialmaterie zuständigen Spruchkörpern derzeit abläuft. Die Verfahren auf Erlass und Aufhebung der einstweiligen Verfügung weisen für den mit der Materie nicht ständig befassten Juristen manche unerwartete Schwierigkeit auf. Die Erfahrung zeigt, dass nicht wenige sachlich gerechtfertigte Begehren scheitern, weil Besonderheiten des Eilverfahrens nicht beachtet werden. Verwirrend ist zudem, dass das komplizierte Verfahren nicht überall in der gleichen Weise gehandhabt wird, Verfahrensfragen vielmehr regional unterschiedlich beantwortet werden. Für die Praxis des Verfügungsverfahrens ist die Rspr. der einzelnen Oberlandesgerichte von maßgeblicher Bedeutung; denn diese Gerichte sind in Verfügungssachen letzte Instanz. Demgemäß nimmt die neuere Rspr. der Oberlandesgerichte, insbes. der für das Wettbewerbsrecht zuständigen Senate, in der vorliegenden Darstellung breiten Raum ein. Mit den Rechtsprechungsnachweisen wendet sich das Werk auch an den erfahrenen Wettbewerbsrechtler.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht die einstweilige Verfügung zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Einbezogen in die Betrachtung sind aber auch die Eilmaßnahmen bei Verletzung der gewerblichen Schutzrechte und des Urheberrechts sowie in zivilrechtlichen Streitigkeiten des Kartellrechts. Die verfahrensrechtlichen Probleme ähneln sich. Zudem sind für die Rechtsgebiete meist dieselben Spruchkörper zuständig.

Düsseldorf, den 28.5.1994

Wilhelm Berneke

Inhaltsübersicht

Vorwort zur fünften Auflage	V
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI
§ 1 Einleitung	1
I. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	1
II. Unterlassungsanspruch	3
III. Klageweg	7
IV. Vorläufiger Rechtsschutz	8
V. Beschränkung auf die einstweilige Verfügung	10
VI. Überblick über den Gang des Verfügungsverfahrens	11
§ 2 Die Grundlagen	17
I. Die Arten der einstweiligen Verfügung	17
II. Das Rechtsschutzbedürfnis und der Verfügungsgrund	37
III. Die Dringlichkeitsvermutung des § 12 Abs. 1 UWG	47
IV. Der Streitgegenstand, die Rechtshängigkeit, die Rechtskraft	81
V. Die Glaubhaftmachung	85
§ 3 Das Verfahren auf Erlass der einstweiligen Verfügung	93
I. Das zuständige Gericht	93
II. Der Verfügungsantrag	101
III. Die Schutzschrift	106
IV. Die Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung oder ohne mündliche Verhandlung	109
V. Das Urteilsverfahren	116
VI. Das Beschlussverfahren	132
VII. Das Verfahren vor dem Amtsgericht als Gericht der belegenen Sache	155
VIII. Die Berufung	157
IX. Besondere Verfahrensgestaltungen	163
§ 4 Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen Versäumung der Klageerhebung zur Hauptsache	179
I. Die Anordnung der Klageerhebung	180
II. Die Klageerhebung	184
III. Die Aufhebung	186
§ 5 Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände	191
I. Die veränderten Umstände	192
II. Die Aufhebung	195
III. Die Entscheidung	198
IV. Die Kostenentscheidung	200
V. Das Anerkenntnis	202
§ 6 Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	203
I. Das Vollziehungserfordernis	203
II. Der Lauf der Vollziehungsfrist	208
III. Die Vollziehungsmaßnahmen	211
IV. Die Versäumung der Vollziehungsfrist	226
V. Das Ordnungsmittelverfahren	227

§ 7 Die Klage zur Hauptsache und das Verfügungsverfahren	229
I. Die Klage des Antragstellers	229
II. Die Abschlusserklärung	233
III. Das Abschluss schreiben	237
IV. Die Klage des Antragsgegners	242
§ 8 Der Streitwert, die Gebühren, die Kostenerstattung	245
I. Der Streitwert	245
II. Die Gebühren	249
III. Die Kostenerstattung	254
IV. Die Kosten des Abschluss schreibens	259
§ 9 Der Schadensersatzanspruch nach § 945 ZPO	263
I. Die Voraussetzungen des Anspruchs	263
II. Der zu ersetzende Schaden	267
III. Das mitwirkende Verschulden	270
IV. Die Verjährung	271
§ 10 Die einstweilige Verfügung auf einigen anderen Rechtsgebieten	273
I. Die einstweilige Verfügung in Unterlassungsklagesachen	273
II. Die einstweilige Verfügung in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	275
III. Die einstweilige Verfügung in Kennzeichensachen	278
IV. Die einstweilige Verfügung in Patent- und Gebrauchsmustersachen	285
V. Die einstweilige Verfügung in Urheberrechtssachen	289
VI. Die einstweilige Verfügung in Design- und Gemeinschaftsgeschmacksmustersachen	290
VII. Die einstweilige Verfügung in Kartellsachen	293
VIII. Die einstweilige Verfügung in Vergabesachen	296
Sachverzeichnis	301

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	1
I. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	1
II. Unterlassungsanspruch	3
III. Klageweg	7
IV. Vorläufiger Rechtsschutz	8
V. Beschränkung auf die einstweilige Verfügung	10
VI. Überblick über den Gang des Verfügungsverfahrens	11
§ 2 Die Grundlagen	17
I. Die Arten der einstweiligen Verfügung	17
1. Die Sicherungs- und die Regelungsverfügung	17
2. Die Leistungsverfügung	18
a) Die Unterlassungsverfügung	20
b) Die einstweilige Verfügung auf Beseitigung	22
c) Die einstweilige Verfügung auf Belieferung	25
d) Die einstweilige Verfügung auf Auskunftserteilung	28
e) Sonstige einstweilige Verfügungen	31
3. Einstweilige Maßnahmen nach dem TRIPS-Abkommen	34
4. Die einstweilige Maßnahme nach dem Recht der EU	35
II. Das Rechtsschutzbedürfnis und der Verfügungsgrund	37
1. Das Rechtsschutzbedürfnis	37
2. Der Verfügungsgrund	38
a) Die Interessenabwägung	40
b) Frühere Entscheidungen	43
c) Unlautere Verfahrensführung durch den Antragsteller	45
III. Die Dringlichkeitsvermutung des § 12 Abs. 1 UWG	47
1. Der Inhalt des § 12 Abs. 1 UWG	47
2. Der Anwendungsbereich des § 12 Abs. 1 UWG	48
3. Die Widerlegung der Dringlichkeitsvermutung	51
a) Die zeitgebundenen Wettbewerbsverstöße	51
b) Das Zuwarten mit der Rechtsverfolgung	53
c) Die Unkenntnis des Antragstellers	65
d) Die Verfolgung von Allgemeininteressen, der Verfügungsantrag von Verbänden	66
e) Frühere Wettbewerbsverstöße. Verhalten Dritter	67
f) Das gerichtliche Vorgehen	70
IV. Der Streitgegenstand, die Rechtshängigkeit, die Rechtskraft	81
1. Der Streitgegenstand	81
2. Die Rechtshängigkeit	82
3. Die Rechtskraft	83
V. Die Glaubhaftmachung	85
1. Das Erfordernis der Glaubhaftmachung	85
2. Die Mittel der Glaubhaftmachung	88
a) Die eidesstattliche Versicherung	89
b) Das Sachverständigengutachten	90
3. Die Glaubhaftmachungslast	90

§ 3 Das Verfahren auf Erlass der einstweiligen Verfügung	93
I. Das zuständige Gericht	93
1. Das Gericht der Hauptsache	95
2. Die Anrufung eines unzuständigen Gerichts	98
3. Die Zuständigkeit des Vorsitzenden und des Einzelrichters	100
4. Das Schiedsgericht	101
II. Der Verfügungsantrag	101
1. Der Inhalt des Antrags	103
2. Die Bestimmtheit des Antrags	104
III. Die Schutzschrift	106
IV. Die Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung oder ohne mündliche Verhandlung	109
1. Die Voraussetzungen einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	109
a) Die dringenden Fälle des § 937 Abs. 2 ZPO	110
b) Die Zurückweisung des Verfügungsantrags	112
c) Die Entscheidung des Vorsitzenden nach § 944 ZPO	113
2. Die Entschließung, nicht ohne mündliche Verhandlung zu entscheiden	113
V. Das Urteilsverfahren	116
1. Die Terminbestimmung	116
2. Die mündliche Verhandlung	117
3. Die Antragsänderung, der Gegenantrag, der Übergang in das Klageverfahren	120
4. Die Unterbrechung und Aussetzung des Verfahrens	121
a) Die Aussetzung wegen der Voreigenschaft einer anderen Entscheidung ..	121
b) Die Aussetzung wegen der Vorlage an ein Verfassungsgericht	122
c) Die Aussetzung wegen der Vorlage an den Gerichtshof der Europäischen Union	123
d) Die Unterbrechung aus sonstigen Gründen	124
5. Die gerichtliche Prüfung	124
a) Die Bindung des Gerichts an den Verfügungsantrag	125
b) Die Zulässigkeit und die Begründetheit des Verfügungsantrags	126
6. Die Urteilsverfügung	127
a) Die Gewährung einer Aufbrauchsfrist	129
b) Die Ordnungsmittellandrohung	130
c) Der Neubeginn der Verjährung	131
7. Die Zurückweisung des Verfügungsantrags durch Urteil	132
VI. Das Beschlussverfahren	132
1. Die Beteiligung des Antragsgegners	132
2. Die Beschlussverfügung	136
3. Die Zurückweisung des Verfügungsantrags durch Beschluss	138
4. Die sofortige Beschwerde gegen den zurückweisenden Beschluss	138
5. Die Rechtsbeschwerde	142
6. Der Widerspruch	142
a) Die Zulässigkeit	143
b) Die mündliche Verhandlung	146
c) Die Entscheidung	147
d) Die Einstellung der Zwangsvollstreckung	149
7. Der Kostenwiderspruch	150
a) Die Entscheidung über die Kosten	152
b) Die Anfechtung des Kostenurteils	154
8. Die Verfassungsbeschwerde	155
VII. Das Verfahren vor dem Amtsgericht als Gericht der belegenen Sache	155
VIII. Die Berufung	157
1. Die Zulässigkeit	157
2. Die Antragsänderung	158

3. Die Entscheidung	160
4. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung	162
IX. Besondere Verfahrensgestaltungen	163
1. Die Rücknahme des Verfügungsantrags	163
2. Der Verzicht	164
3. Das Anerkenntnis	165
4. Die Erledigung der Hauptsache	167
a) Die erledigenden Ereignisse	169
b) Die Unterlassungserklärung	172
c) Die Verjährung des Verfügungsanspruchs	173
5. Der Vergleich	174
6. Die Sicherheitsleistung	175
a) Die Prozesskostensicherheit	175
b) Die einstweilige Verfügung gegen Sicherheitsleistung	175
c) Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung gegen Sicherheitsleistung	177
§ 4 Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen Versäumung der Klageerhebung zur Hauptsache	179
I. Die Anordnung der Klageerhebung	180
II. Die Klageerhebung	184
III. Die Aufhebung	186
§ 5 Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände	191
I. Die veränderten Umstände	192
1. Das mit der einstweiligen Verfügung übereinstimmende Urteil zur Hauptsache	193
2. Das den Verfügungsanspruch verneinende Urteil zur Hauptsache	194
3. Die Nichtigerklärung einer der einstweiligen Verfügung zugrunde liegenden Norm	195
II. Die Aufhebung	195
1. Das besondere Aufhebungsverfahren und das Widerspruchs- und Berufungsverfahren	195
2. Der Aufhebungsantrag	196
III. Die Entscheidung	198
IV. Die Kostenentscheidung	200
V. Das Anerkenntnis	202
§ 6 Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	203
I. Das Vollziehungserfordernis	203
1. Die Gebots- und die Verbotsverfügung	205
2. Die abgeänderte einstweilige Verfügung	206
3. Die nach einer Aufhebung bestätigte einstweilige Verfügung	208
II. Der Lauf der Vollziehungsfrist	208
III. Die Vollziehungsmaßnahmen	211
1. Die Fristwahrung	211
2. Die Parteizustellung der einstweiligen Verfügung	213
a) Die Beschlussverfügung und die Urteilsverfügung	213
b) Die Zustellung, ihre Mängel und Heilung	216
IV. Die Versäumung der Vollziehungsfrist	226
V. Das Ordnungsmittelverfahren	227

§ 7 Die Klage zur Hauptsache und das Verfügungsverfahren	229
I. Die Klage des Antragstellers	229
1. Das Rechtsschutzbedürfnis	229
2. Die Prozesshandlungen des Verfügungsverfahrens	231
3. Das Anerkenntnis	232
II. Die Abschlusserklärung	233
III. Das Abschluss schreiben	237
1. Das Erfordernis eines Abschluss schreibens	237
2. Der Inhalt des Abschluss schreibens	240
IV. Die Klage des Antragsgegners	242
§ 8 Der Streitwert, die Gebühren, die Kostenerstattung	245
I. Der Streitwert	245
1. Das Verfahren auf Erlass der einstweiligen Verfügung	245
2. Die Verfahren auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung	248
3. Die Minderung und die Herabsetzung des Streitwerts	249
II. Die Gebühren	249
1. Die Gerichtsgebühren	250
a) Das Verfahren erster Instanz	250
b) Das Verfahren zweiter Instanz	251
2. Die Rechtsanwaltsgebühren	251
a) Das erstinstanzliche und das zweitinstanzliche Verfahren	251
b) Die einzelnen Gebühren	252
c) Auslagen	254
III. Die Kostenerstattung	254
1. Die Kosten der Beratung und der vorsorglichen Rechtsverteidigung	254
2. Die Kosten mehrerer Rechtsanwälte, Reisekosten, Testkaufkosten	256
3. Die Kosten des Patentanwalts	257
4. Die Kosten der Partei selbst	258
IV. Die Kosten des Abschluss schreibens	259
§ 9 Der Schadensersatzanspruch nach § 945 ZPO	263
I. Die Voraussetzungen des Anspruchs	263
1. Die von Anfang an ungerechtfertigte einstweilige Verfügung	264
2. Die nach § 926 Abs. 2, § 936 ZPO oder § 942 Abs. 3 ZPO aufgehobene einstweilige Verfügung	267
II. Der zu ersetzende Schaden	267
III. Das mitwirkende Verschulden	270
IV. Die Verjährung	271
§ 10 Die einstweilige Verfügung auf einigen anderen Rechtsgebieten	273
I. Die einstweilige Verfügung in Unterlassungsklagesachen	273
II. Die einstweilige Verfügung in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	275
III. Die einstweilige Verfügung in Kennzeichensachen	278
1. Nationale Schutzrechte	278
2. Unionsmarken	281
IV. Die einstweilige Verfügung in Patent- und Gebrauchsmustersachen	285
V. Die einstweilige Verfügung in Urheberrechtssachen	289

VI. Die einstweilige Verfügung in Design- und Gemeinschaftsgeschmacksmustersachen	290
1. Nationale Designs	290
2. Unionsgeschmacksmuster	292
VII. Die einstweilige Verfügung in Kartellsachen	293
VIII. Die einstweilige Verfügung in Vergabesachen	296
1. Vergaben nach Teil 4 des GWB	296
2. Sonstige Vergaben	298
Sachverzeichnis	301

